Pressemitteilung vom 05.05.2014 zum Stadtratsbeschluss vom 23. April 2014 – Änderung des Grundschulbezirks für Ullersdorf und Großerkmannsdorf

Die Radeberger Heimatzeitung berichtete in ihrer Ausgabe vom 2. Mai 2014 über den Stadtratsbeschluss vom 23. April zur Veränderung des Grundschulbezirkes für Großerkmannsdorfer Grundschüler. Der Sprecher der CDU Fraktion im Radeberger Stadtrat, Thomas Israel und der Ortsvorsteher von Ullersdorf Frank-Peter Wieth, haben folgende Argumente in der Ratssitzung in die Diskussion eingebracht:

1. Grundschulbezirke wurden und werden in unserer Stadt geändert, wenn es der Sicherung eines Grundschulstandortes dient (z.B. für GS Liegau-Augustusbad).

2. Die zur Abstimmung gestellte Änderung des Grundschulbezirkes Großerkmannsdorf / Ullersdorf hat nicht die Sicherung eines Standortes zum Ziel, sondern die Festlegung des Grundschulstandortes Ullersdorf auf eine Minimalvariante.

3. Der OR Ullersdorf hat im Juni 2011 mehrere Konzepte zur Entwicklung als Schul-, Sport- und Ortskernentwicklung als Beschlussempfehlung in den Stadtrat eingebracht, um mit Hilfe von Fördermitteln die Entwicklung Ullersdorfs auf den Weg zu bringen.

4. Bekanntlich gab es einen weiteren Vorschlag des OR Großerkmannsdorf, den Schulstandort komplett nach Großerkmannsdorf zu verlegen, dem der Stadtrat mit den Stimmen von SPD, Freien Wählern und Linkspartei mehrheitlich zustimmte.

5. Im daraufhin angestrengten Verfahren des OR Ullersdorf zur Einhaltung des Eingemeindungsvertrages wurde der Stadtratsbeschluss vom Verwaltungsgericht Dresden und dem Oberverwaltungsgericht Bautzen als rechtswidrig verworfen und die Stadt Radeberg verpflichtet, die notwendigen Investitionen zur Sicherung des Schulstandortes in Ullersdorf vorzunehmen.

6. Seit Rechtskraft des OVG Urteils vom Sommer 2013 hat die Stadtverwaltung -trotz mehrfacher Nachfrage von CDU Stadträten- kein Konzept zur Schulstandortsicherung in Ullersdorf vorgelegt, wozu sie verpflichtet ist.

7. Nunmehr den Schulbezirk zu ändern, um die Investitionen in Ullersdorf auf das mindeste zu reduzieren, ist der zweite vor dem ersten Schritt.

8. Für die CDU Fraktion ist es dringend geboten, dass zunächst dem Ortschaftsrat und dann dem Stadtrat ein tragfähiges Konzept für Schule und Sport -- vorgelegt wird. Das bedeutet insbesondere, dass die notwendigen belastbaren Zahlen und Fakten Gegenstand der Vorlage sein müssen. Es geht hier nur um die Notwendigkeiten und Möglichkeiten zur Sicherung des Schulstandortes Ullersdorf. Diese Vorschläge sollten mit dem Konzept des Ortschaftsrates Ullersdorf für das Ortsteilzentrum Ullersdorf kompatibel sein.

9. Die konzeptionelle Zuarbeit der Stadtverwaltung bzgl. der Notwendigkeiten und der Möglichkeiten für die notwendigen Maßnahmen zur Sicherung des Schulstandortes sind dann auch die Voraussetzung für den Ortschaftsrat Ullersdorf und den Stadtrat ob, wie und in welcher Zeit das vorhandene Gesamtkonzept umgesetzt werden kann. Erst dann kann es zu Veränderungen im Grundschulbezirk kommen, wenn dem Stadtrat die Möglichkeit gegeben wird, überhaupt über ein Konzept diskutieren und entscheiden zu dürfen.

10. Die Ortsteilentwicklung Ullersdorf ist ebenso Aufgabe aller Radeberger, so wie diese in Liegau-Augustusbad und Großerkmannsdorf für jedermann sichtbar positiv auf den Weg gebracht wurde.

11. Die Stadtverwaltung arbeitet nach eigenen Angaben ja zumindest seit dem Urteil nur an einem Konzept für eine einzügige Grundschule in Ullersdorf. Von daher ist das Argument, dass der Beschluss zum Grundschulbezirk Arbeits- und Planungsvoraussetzung ist, hinfällig. Ansonsten hätte der Beschluss sofort nach dem Urteil gefasst werden müssen, um keine Zeit zu verlieren.

12. Bis heute wird seitens des Oberbürgermeisters nur mit platten Behauptungen gearbeitet, „ ...das eine ist teurer als das andere, ist doch logisch, oder?! „Traurig, dass das der Mehrheit im Stadtrat reicht.

13. Die CDU-Fraktion sowie der Ortsvorsteher von Ullersdorf haben nie die Forderung nach einer zweizügigen oder einzügigen Grundschule aufgemacht. Gemeinsam haben wir qualifizierte Entscheidungsvorlagen bzgl. der Grundschule Ullersdorf gefordert. Ebenso haben wir von der Stadt kein Konzept für die Entwicklung des Ortsteilzentrums von Ullersdorf gefordert, da dies bereits vorliegt.

Thomas Israel, stellv. CDU Fraktionsvorsitzender
Frank-Peter Wieth, Ortsvorsteher